



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
Herrn Andreas Rahm, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/2679
VORLAGE

DIE MINISTERIN
Daniela Schmitt
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2202
Telefax 06131 16-4438
poststelle@mwwlw.rlp.de
www.mwwlw.rlp.de

13. Oktober 2022

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27. September 2022

TOP 7

a) Zukunft des Handwerks in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT - Vorlage 18/2415

b) Folgen der Energiekrise für das rheinland-pfälzische Handwerk

Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT - Vorlage 18/2430

c) Folgen des Gaspreisanstiegs für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 18/2441 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

entsprechend der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27. September 2022 erhalten Sie zu vorgenanntem Tagesordnungspunkt den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen


Daniela Schmitt

Sprechvermerk

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27. September 2022

- TOP 7a-c
- a) Zukunft des Handwerks in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/2415 -
 - b) Folgen der Energiekrise für das rheinland-pfälzische Handwerk
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/2430 -
 - c) Folgen des Gaspreisanstiegs für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/2441 -

Anrede,

vielen Dank für die Gelegenheit, zu einem Thema zu sprechen, das uns alle leider sehr bewegt – die aktuelle Energiepreiskrise und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz, insbesondere auch auf das Handwerk.

Eine Bemerkung vorweg: Wenn wir über die Energiepreiskrise sprechen, wenn wir über eine drohende Gasmangellage diskutieren müssen, wenn wir über Inflation und uns eine Rezession vor Augen führen müssen, dann hat all das eine eindeutige Ursache – den barbarischen Krieg Russlands in der Ukraine. Es war Russland, das den Krieg vom Zaun gebrochen hat und damit einen weltweiten Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise ausgelöst hat und es ist Russland, das aus fadenscheinigen Gründen kein Gas mehr liefert.

Wir in Deutschland und wir in Rheinland-Pfalz müssen mit den Folgen des russischen Angriffskrieges nun umgehen. Die Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft sind immens.

Unsere Unternehmen sind zum einen als unmittelbare Folge der russischen Barbarei mit massiven Kostensteigerungen bei Energie- und Rohstoffen

konfrontiert. Das birgt gerade für einen energieintensiven Industriestandort wie Rheinland-Pfalz massive Belastungen.

Gleiches gilt auch für unsere Handwerksbetriebe, wir haben hierüber bereits im letzten Plenum ausführlich diskutiert. Ministerin Daniela Schmitt hatte festgehalten, dass man die Situation des Handwerks in Rheinland-Pfalz angesichts der Gas- und Energiekrise derzeit nicht einheitlich beurteilen kann, man muss vielmehr sehr genau differenzieren. Während insbesondere die Gewerke des Klimahandwerks wie z. B. Sanitär-Heizung-Klima oder Dachdecker über randvoll gefüllte Auftragsbücher und Wartelisten berichten und mit Lieferengpässen bei Teilen für neue, klimaschonende Heizungsanlagen und Photovoltaikanlagen kämpfen, arbeitet das Baugewerbe derzeit noch bestehende Aufträge ab, blickt dann aber angesichts der steigenden Inflation und starker Zurückhaltung für neue Aufträge bereits mit Sorge in die Zukunft.

Am schwierigsten ist die Situation derzeit im Lebensmittelhandwerk. Bäcker und Metzger mit bislang guter Geschäftssituation stehen plötzlich vor einer existenzbedrohenden Situation. Bei den Metzgereien sind es vor allem die enorm gestiegenen Strompreise, die sich bei der Kühlung bemerkbar machen.

Bei den Bäckereien gilt: Es sind oft kleine und sehr kleine Mittelständler, aber es sind dennoch energieintensive Betriebe, die jetzt nicht wissen, wie sie die Gaspreise bezahlen sollen.

So ist leider die aktuelle Lage im energieintensiven Handwerk.

Der russische Angriffskrieg wirkt sich zudem über einen zweiten Wirkkanal massiv auf die Wirtschaft in der Bundesrepublik und in Rheinland-Pfalz aus: über die Nachfrageseite. Die privaten Haushalte geraten aufgrund der steigenden Energiepreise unter Druck, die Konsumausgaben sinken, es werden auch Branchen, die nicht energieintensiv sind, – auch Branchen innerhalb des Handwerks – massiv beeinträchtigt werden.

Ein Szenario, mit hoher Inflation und gleichzeitiger Rezession, wie es aktuell auch die Deutsche Bundesbank befürchtet, ist somit gegenwärtig für Rheinland-Pfalz nicht auszuschließen, obwohl wir aktuell im ersten Halbjahr 2022 unter allen Bundesländern erneut am stärksten gewachsen sind.

Wie stark die drohende Rezession ausfallen wird, hängt insbesondere auch davon ab, ob es gelingen wird, im Winter eine Gasmangellage zu verhindern.

Aktuell können wir mit Blick auf die Gasversorgung festhalten: Die Lage ist angespannt und eine weitere Verschlechterung der Situation kann nicht ausgeschlossen werden. Im Moment ist die Gasversorgung in Deutschland aber stabil und die Versorgungssicherheit ist derzeit weiter gewährleistet. Die Landesregierung teilt diese Einschätzung der Bundesnetzagentur.

Mit Blick auf die Gasversorgung können wir zudem festhalten: Die Wirtschaft macht ihre Hausaufgaben. Die unternehmerischen Großverbraucher von Erdgas haben im August ihren Verbrauch gegenüber dem Durchschnittswert der vergangenen Jahre um 22 Prozent reduziert. Entscheidend für den kommenden und den nächsten Winter ist aber – neben dem Wetter – das Verhalten der privaten Haushalte.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist richtig, dass die Bundesregierung in dieser aktuellen Krisensituation private Haushalte und die Wirtschaft mit milliardenschweren Entlastungspaketen unterstützt.

Mit Blick auf die Wirtschaft müssen wir allerdings festhalten: Das was bisher umgesetzt wurde, genügt nicht. Das Bundeswirtschaftsministerium hat sich beim Energiekostendämpfungsprogramm dafür entschieden, die Förderung in allen Förderstufen auf Wirtschaftsbranchen zu beschränken, die in der Liste im Anhang der Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen aufgeführt sind, die so genannte KUEBLL-Liste. Also die Branchen, die im internationalen Wettbewerb stehen.

Eine solche Beschränkung, die europarechtlich übrigens nicht gefordert ist, mag im Frühjahr noch gerechtfertigt gewesen sein. So hat beispielsweise die Energiekosten-Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im Mai 2022 gezeigt, dass der Großteil der kleinen und mittleren Unternehmen den bis dahin eingetretenen Anstieg der Energiebeschaffungskosten entweder weitergeben, tragen oder durch Einsparungen zumindest abmildern konnte.

Inzwischen hat sich die Situation aber dramatisch verschärft. Die Energiepreiskrise ist voll bei den KMU, auch und gerade beim Handwerk, angekommen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen beziehen Energie überwiegend nicht aus langfristigen Lieferverträgen. Dadurch sind sie jetzt in hohem Maße von den aktuellen Preisanstiegen betroffen.

Deshalb setzt sich das MWVLW vehement dafür ein, dass das bestehende Energiekostendämpfungsprogramm geöffnet wird und die Belange von KMU bei der Förderung stärker berücksichtigt werden, gegebenenfalls auch durch ein eigenes Förderprogramm. Genauso vehement setzt sich das MWVLW

dafür ein, dass auch beim Gas ein Preisdeckel ähnlich wie er bei Strom vorgesehen ist, umgesetzt wird.

Zu diesen Themen gab es letzten Freitag eine Sonder-Wirtschaftsministerkonferenz, bei der die Länder einstimmig der Auffassung waren, dass es einen Gaspreisdeckel geben muss, bei dem ein bestimmter Grundverbrauch preislich gedeckelt wird und nur was darüber hinausgeht zum jeweils aktuellen Marktpreis bezogen werden muss. Damit könnte man Entlastung und Einsparanreiz verbinden. Ebenfalls einstimmig wurde der Bund aufgefordert, seinen Planungen für die Öffnung des bestehenden Zuschussprogramms und für ein eigenes KMU-Förderprogramm zügig umzusetzen. Einigkeit besteht darin, das KMU-Programm weitgehend automatisiert und mit Abschlagszahlungen verbunden durch eine zentrale Bewilligungsstelle umzusetzen.

Abschließend noch eine Anmerkung zum oppositionellen Ruf nach eigenen Landesförderprogrammen: Uns ist bewusst, dass das Land Berlin ein eigenes Programm angekündigt – die Einzelheiten mit Blick auf Unternehmen sollen freilich erst bekannt gegeben werden, wenn feststeht, was auf Bundesebene tatsächlich umgesetzt wird – und ebenfalls bekannt ist, dass der niedersächsische Ministerpräsident für den Fall seiner Wiederwahl ein Förderprogramm versprochen hat. Die Landesregierung wird jetzt aber nicht in einen unkoordinierten Wettbewerb des „höher, schneller, weiter“ einsteigen, zumal die Länder ohnehin über den bundesstaatlichen Finanzverbund bereits jetzt erheblich zu den Entlastungspaketen beitragen.